



HERMANN LUEER

WARUM
STERBEN TÄGLICH MENSCHEN IM
KRIEG?

ARGUMENTE GEGEN
DIE LIEBE ZUR NATION



Hermann Lueer

WARUM
sterben täglich Menschen im
KRIEG?

Argumente gegen
die Liebe zur Nation

Hermann Lueer,
»Warum sterben täglich Menschen im Krieg? «
© 2010 der vorliegenden Ausgabe: Edition Octopus
Die Edition Octopus erscheint im
Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG Münster
www.edition-octopus.de
© 2010 Hermann Lueer
herluee@yahoo.com
Satz: Niki Bong
Umschlag: Niki Bong
Illustrationen: Niki Bong
www.bongolai.de
Druck und Bindung: MV-Verlag
ISBN 978-3-86991-237-0



Vorwort

1	Eine kriegsträchtige Geschichte	S. 11
1.1	Die endlose Liste der Kriege und Kriegstoten . . .	S. 15
1.2	Alles ein großes Missverständnis?	S. 21
1.3	Kriegsverbrechen im Krieg?	S. 27
2	Die vitalen Interessen der Nation	S. 28
2.1	Der Wohlstand der Nation	S. 31
2.2	Die Sicherung »unserer« Interessen nach innen . .	S. 39
2.3	Die Sicherung »unserer« Interessen nach außen . .	S. 44
3	Der Verteidigungsfall	S. 59
3.1	Die kriegerische Konkurrenz	S. 60
3.2	Die Art des Friedens, für den wir eintreten	S. 63
3.3	Kriege und Stellvertreterkriege	S. 70
3.4	Der dritte Weltkrieg	S. 79
4	Das falsche Bewusstsein der Untertanen	S. 101
4.1	Der Untertan.	S. 106
4.2	Das Volk	S. 109
4.3	Der Rassismus im Freund- und Feindbild	S. 113
5	Der unerschütterliche Glaube an die Politik	S. 119
5.1	Zu viel Geld für Waffen, zu wenig für Hungerhilfe?	S. 121
5.2	Ist Armut die Wurzel der Konfrontationen? . . .	S. 124
5.3	Gegen Atomwaffen demonstrieren?	S. 126
5.4	Für Frieden – gegen Krieg?	S. 130
5.5	Das Völkerrecht als Mittel gegen Krieg?	S. 138
	Zitate in den Sprechblasen	S. 142
	Literaturverzeichnis	S. 146

Vorwort

Die weltweite Kriegsbereitschaft fängt nicht erst an, wenn auf beiden Seiten der Verteidigungsfall ausgerufen wird. Kriege werden im Frieden vorbereitet. Es ist nicht erst der Kriegsdienst, sondern bereits das ganz normale bürgerliche Leben, über das mit Arbeit, Steuern und demokratischen Wahlen die Kriegsfähigkeit der Nation hergestellt wird. Krieg gibt es nicht, weil er schlicht ausgebrochen ist und man nun vor der blöden Alternative steht, mitzumachen oder von denen, die sich zum Mitmachen entschlossen haben, an die Wand gestellt zu werden, sondern weil die Mehrheit der Bevölkerung gar nichts am Inhalt des Friedens – der die Kriegsgründe liefert – aussetzen hat. Krieg gibt es, weil die Bevölkerung die nationalen Kriegsgründe teilt, für die sie von ihren Politikern in den Krieg geschickt wird.

Wer gegen Krieg ist, muss sich daher mit dem Inhalt des Friedens auseinandersetzen, um den Kriegszweck richtig kritisieren zu können. Wen die weltweit wachsenden Militärhaushalte beunruhigen, muss die »vitalen Interessen« der Nationen hinterfragen und verstehen, warum sie nach innen wie nach außen ständig der gewaltsamen Sicherung bedürfen. Der muss sich mit den ökonomischen Grundlagen des »Wohlstands

der Nationen« beschäftigen, die weltweit zu grenzenlosem Reichtum für eine Minderheit und erbärmlicher Armut für die Mehrheit der Bevölkerung führen. Wer gegen die Kriegsbereitschaft mobilisieren will, muss verhindern, dass die Mehrheit der Bevölkerung dennoch für ihre Nation bereit ist, das eigene wie das Leben anderer zu opfern.

1 Eine kriegsträchtige Geschichte

»Eine hohle metallische Hülle, in die Hunderte von kleinen Stahlkugeln eingefüllt sind, explodiert auf der Erde oder in der Luft und setzt sie in einem Umkreis von mehreren Metern frei. Die materiellen Schäden an festen Einrichtungen sind unbedeutend. Die Eintrittsöffnungen beim Menschen sind sehr klein. Die Wundkanäle sind lang, häufig sehr unregelmäßig, und verursachen gelegentlich, wenn die Kugeln abgelenkt werden, zahlreiche schwere Verletzungen der inneren Organe. Zwei Konsequenzen für die Chirurgen: die Schwierigkeit der Diagnose, da die Eintrittsstellen übersehen werden können: man muss den ganzen Körper röntgen, um bestimmte Kugeln wiederzufinden; dann die Rekonstruktion des möglichen Einschusskanals von der Wundöffnung an, also der möglichen Verletzungen, deren Anzeichen häufig wenig deutlich sind, da es sich um kleine Verletzungen handelt. Aber die Schwere dieser Verletzungen, die anfangs noch winzig sind, nimmt nur noch zu, wenn die betroffenen Organe nicht sehr schnell operiert werden.«¹

¹ Bericht über die sogenannte Explosivkugelbombe, eine im Vietnamkrieg erfolgreich eingesetzte Form einer Splitterbombe. Vgl. Bertrand Russell/Jean-Paul Sartre, Das Vietnam-Tribunal oder Amerika vor Gericht, 1969 S. 93ff.

MODERNE VERSIONEN DER VERBREITETEN SPLITTERMINE VOM TYP M18 CLAYMORE WERDEN MIT GLASSPLITTERN VERSEHEN. DER VORTEIL IST, DASS DIESE BEIM VERWUNDETEN OPFER MÜHSELIGER ZU ENTFERNEN SIND ALS BEIM MODELL MIT METALLKUGELN.



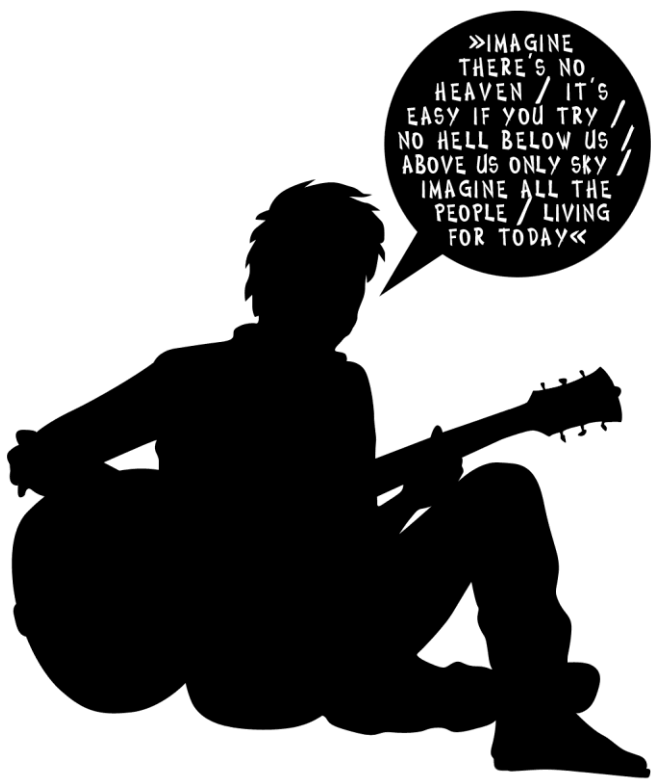
»Die Explosion einer 200-Liter-Napalmbombe vernichtet durch Feuereinwirkung alles, was sich in einem Umkreis von achtzig Metern befindet. Die Hitze beträgt zwischen 1000 und 2000 Grad; innerhalb dieses Umkreises überlebt niemand. Nur außerhalb dieses engeren Kreises können Menschen die Verbrennung überleben. ... Von besonderer Schwere sind die Verbrennungen im Gesicht: die Verbrennungen an den Augen führen sehr oft zum Erblinden. Das napalmverbrannte Gesicht wirkt in aller Regel ausgesprochen abstoßend, sodass die psychischen Folgen verheerend sein können. Am erschütterndsten ist der Anblick der vom Feuer zerfressenen Gesichter und Körper der Kinder. Das Napalm und der noch schrecklichere Phosphor bringen ihr Fleisch zum Schmelzen und führen zu grotesken Missbildungen. Sehr oft haben diese Kinder kaum noch ein menschliches Aussehen; und man kann die monströsen Auswirkungen der Verbrennungen nur mit Entsetzen sehen. Der Wunsch zu pflegen und die Schmerzen zu lindern, sagte mir ein Arzt, wird durch die Sorge gelähmt, die zu Asche gewordene Haut könnte unter den Fingern zerbröckeln ...«²

² Bertrand Russell/Jean-Paul Sartre, Das Vietnam-Tribunal II oder Die Verurteilung Amerikas, Rowohlt 1971 S. 13ff.



**DIE REZEPTUR
FÜR NAPALM WURDE 1942
AN DER HARVARD-UNIVERSITÄT
ERFORSCHT. DER ERSTE BELEGTE EIN-
SATZ WAR DIE BOMBARDIERUNG VON SAN
JOSE AUF DER PAZIFIKINSEL TINIAN AM
23. JULI 1944 DURCH DIE USA. DANACH WUR-
DE NAPALM VOM KOREAKRIEG ÜBER DEN VIET-
NAMKRIEG BIS ZUR JÜNGSTEN VERGANGEN-
HEIT, IN DER AKTION »GEGOSSENES BLEI«
GEGEN DIE PALÄSTINENSISCHE BEVÖL-
KERUNG, ZUM WIRKSAMEN MIT-
TEL MODERNER KRIEGS-
FÜHRUNG.**

Wahnsinn? Natürlich nicht! Jeder weiß, dass hier keine verrückten Einzeltäter am Werk sind. Kriege werden in Friedenszeiten systematisch gesellschaftlich vorbereitet. Von der militärtechnischen Forschung und Entwicklung über die Produktion umfangreichen Waffenmaterials bis zur Ausbildung und zum Training des erforderlichen Personals rüsten sich die Nationen für den Ernstfall. Auch die Kriegsgründe, die der Mehrheit der Bevölkerung einleuchten müssen, damit die Vorbereitungen ungestört stattfinden können, werden in Friedenszeiten geschaffen. Die verbreitete Äußerung – »So ein Wahnsinn ...« – gibt lediglich die eigene Betroffenheit kund – schön findet die Kriegsfolgen ja keiner – ohne sich mit den Gründen für das gesellschaftlich organisierte Töten kritisch auseinanderzusetzen. Der fehlende Widerstand gegen Rüstung und Kriegsbereitschaft zeigt, dass offensichtlich der Mehrheit der Bevölkerung in allen Ländern der Welt ein prinzipieller Grund für den gemeinsamen Waffengang einleuchtet. Was ist das für ein hoher Wert, für den Menschen bereit sind, Splitterbomben in Wohngebiete zu werfen?



2 Die vitalen Interessen der Nation

Die Subjekte der gegenwärtigen Kriege sind keineswegs unbekannt. Hinter der milliardenschweren militärtechnischen Waffenproduktion und dem sorgfältig über staatliche Ausfuhrgenehmigungen kontrollierten Export von diversem Kriegsgerät steht eine überschaubare Zahl von Akteuren. Zehn Nationen mit den höchsten Militärausgaben stehen für 75 Prozent der gesamten Weltausgaben für Militär und Rüstung.³ Neben den USA sind Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland zugleich für den größten Teil des Handels mit konventionellen Waffen verantwortlich. 2008 kontrollierten sie 79 Prozent des Waffenhandels. »Vierundvierzig US-Unternehmen machten 61 Prozent der Waffenverkäufe der Top 100 im Jahr 2007 aus, während 32 westeuropäische Unternehmen für 31 Prozent der Waffenverkäufe verantwortlich waren. Auf Russland, Japan, Israel und Indien verteilte sich der Großteil der übrigen Verkäufe.«⁴ Vor allem die russische Maschinenpistole Kalaschnikow AK-47, das amerikanische Sturmgewehr M-16 und das deutsche G3-Schnellfeuergewehr

³ USA, China, Frankreich, Großbritannien, Russland, Deutschland, Japan, Italien, Saudi Arabien, Indien. Vgl. sipri yearbook 2009, Kurzfassung S. 11

⁴ sipri yearbook 2009, Kurzfassung S. 12

sowie Lizenzwaffen von Heckler & Koch sind Bestseller auf dem weltweiten Waffenmarkt.

Die Zwecke der führenden Industrienationen für ihre eigene Kriegsbereitschaft sowie die gezielte weltweite Versorgung der aktuellen »Krisenherde« mit Kriegswaffen sind ebenfalls kein Geheimnis.



»Wenn wir noch einmal einen Blick zurückwerfen, so endete der Kalte Krieg damit, dass sich Ende der 80er-Jahre, Anfang der 90er-Jahre die Freiheit in ganz Europa und in anderen Teilen der Welt durchsetzte. Das Ganze ging und geht immer noch mit einem ökonomischen Zugewinn auch an Freiheit einher, den wir Globalisierung nennen. ... Die Herausforderungen der Globalisierung wird ein Land mit 80 Millionen Einwohnern alleine nicht bewältigen können, weder, was die wirtschaftlichen Kooperationsmöglichkeiten anbelangt – hier brauchen wir Institutionen wie die WTO und vieles andere –, noch, was die Ansprüche an die eigene Sicherheit anbelangt. Deshalb sind wir aus tiefstem eigenen Interesse davon überzeugt, dass wir Bündnisse wie die NATO brauchen ...«⁵

Die Globalisierung der Marktwirtschaft als weltumspannendes Wirtschaftssystem wurde erst möglich, nachdem der gigantische Rüstungswettkampf einschließlich weltweiter Stellvertreterkriege unter der Drohung eines dritten Weltkrieges gegen die sozialistischen Länder gewonnen wurde. »Das Ganze ging und geht immer noch mit einem ökonomischen Zugewinn auch an Freiheit einher ...«. Das Kriegs-

⁵ Angela Merkel, Rede auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik
04.02.2006

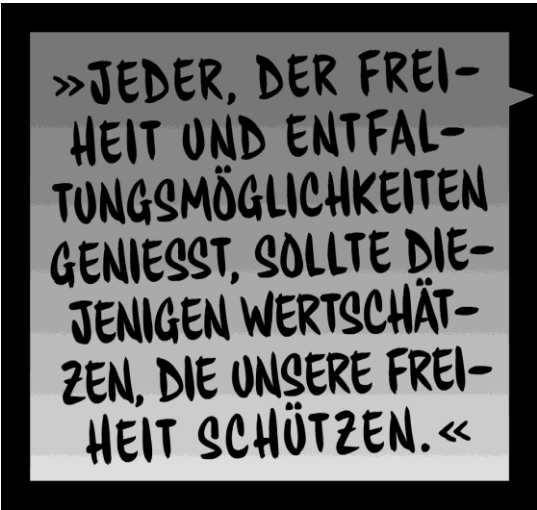
bündnis der freien Marktwirtschaft, die NATO, ist mit dem »Zugewinn an Freiheit« jedoch nicht überflüssig geworden. Zur Absicherung der »Herausforderungen der Globalisierung« ist die Aufrechterhaltung des Militärbündnisses im eigenen nationalen Interesse weiterhin erforderlich. »Wir brauchen eine Stärkung der NATO. Sie darf nicht zum bloßen Reservebündnis werden. Sie muss der Ort sicherheitspolitischer Entscheidungen und militärischer Aktionen sein.«⁶ Offensichtlich ist die »Befreiung« der Welt, das heißt die Durchsetzung der freien Marktwirtschaft als weltweit verbindliches Wirtschaftssystem, nicht ganz konfliktfrei. Was ist also der Inhalt der »sicherheitspolitischen Entscheidungen«? Worin bestehen die »Herausforderungen der Globalisierung«, für die Militärbündnisse eingegangen werden, wenn die Mittel für eine unabhängige nationale Militärmacht nicht ausreichen?

»Die Wahrheit ist einfach«, erklärt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. »Die Fähigkeit, deutsche Interessen durchzusetzen, auch militärische Kapazitäten aufzubauen, hängt ganz wesentlich von unserer Wirtschaftskraft ab.«⁷ Weniger verklausuliert ließe sich diese Wahrheit folgendermaßen ausdrücken: Die

⁶ Angela Merkel, 41. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 12.02.2005

⁷ ebenda

eigene Wirtschaftskraft ist das Mittel, um militärische Kapazitäten aufzubauen und zugleich der Zweck für dessen Durchsetzung die militärischen Kapazitäten benötigt werden. Unter dem Titel – Frieden und Freiheit – arbeiten so alle Nationen mehr oder weniger erfolgreich daran, den jeweiligen *nationalen* Wirtschaftsstandort und *seine* Erfolgsmittel in Konkurrenz zu den anderen Nationen voranzubringen. Im Verhältnis zur eigenen Wirtschaftskraft wächst dabei die Fähigkeit, dieses nationale Interesse auch mit militärischen Mitteln gegen konkurrierende Interessen durchzusetzen. Was ist das also für ein sonderbarer »Wohlstand der Nation«, der mit Hilfe weltweiter Rüstungsetats von mehr als einer Billion US-\$ nach außen kriegerisch »verteidigt« werden muss?



»JEDER, DER FREIHEIT UND ENTFALTUNGSMÖGLICHKEITEN GENIESST, SOLLTE DIEJENIGEN WERTSCHÄTZEN, DIE UNSERE FREIHEIT SCHÜTZEN.«

3 Der Verteidigungsfall



3.1 Die kriegerische Konkurrenz

Wenn beide Seiten den Verteidigungsfall erklären, herrscht Krieg. Dann wird »zurückgeschossen«. Dann kämpfen wie in schlechten Filmen die »Guten« gegen die »Bösen«. Dann sind die Kriegsparteien bereit zur rücksichtslosen Zerstörung von Land und Leuten. Nicht zwecks vollständiger Vernichtung der feindlichen Nation, sondern um den gegnerischen Willen zu brechen. Das Ziel des Krieges ist die Wiederherstellung des Friedens zu den von der Siegernation als ihr gutes Recht reklamierten Bedingungen. Im Krieg geht es um die Selbstbehauptung der Nation als höchste Gewalt durch die Ausschaltung der feindlichen Nation, indem die Quellen ihrer Macht zerstört werden. Die Durchsetzung dieses Zweckes kennt zunächst keine Rücksicht auf Verluste: weder gegenüber dem Interesse an der späteren Benutzung der gegnerischen Nation noch gegenüber den eigenen Mitteln. Angefangen bei der eigenen Bevölkerung über die Produktionskapazitäten bis zu den Außenhandelsbeziehungen wird alles in der Macht der Nation stehende militarisiert, d.h. dem Kriegszweck subsumiert und je nach den Dimensionen des Kriegsgeschehens sogar ruiniert. Dabei überlässt keine Nation die kriegerische Durchsetzung einfach dem Handwerk seines Militärs. Dem Militär, das in

seiner Profession der militärischen Durchsetzung keine Grenzen bezogen auf seine Mittel kennt, wird seitens der Politik eine gezielte Eskalation vorgeschrieben. Die Beschränkungen, die die Politiker kriegsführender Nationen ihren eigenen Militärs auferlegen, haben ihren Grund jedoch nicht in den Genfer oder Haager Kriegskonventionen oder sonstigen völkerrechtlichen Bestimmungen. Im Krieg wird schließlich praktiziert, dass nichts als die Gewalt – die gewaltsame Befriedung des gegnerischen Willens – das geltende Recht setzt. Kriegsrechtliche Beschränkungen – »die Gesetze und Gebräuche des Krieges« – werden vielmehr im Hinblick auf die Berechenbarkeit des Gegners und seine geplante zukünftige Benutzung gegenseitig als nützlich anerkannt und je nach militärischer Notwendigkeit auch regelmäßig verworfen und gebrochen.

Die Rücksichtslosigkeit gegenüber den materiellen Grundlagen der feindlichen Nation einschließlich ihrer Bevölkerung findet im Innenverhältnis seine Entsprechung in der prinzipiellen Unterordnung von Wirtschaft und Volk unter den Zweck der militärischen Durchsetzung der eigenen nationalen Souveränität. Die im Rahmen der Weltordnung in Friedenszeiten gewährte unternehmerische Freiheit, den Einsatz der Produktionsmittel davon abhängig zu machen, ob sich dieser für die Eigentümer lohnt,

wird daher in Kriegszeiten relativiert oder, wenn erforderlich, im Sinne der Nation vollständig aufgehoben. Die kriegsführende Nation macht *ihre* Versorgung nicht vom Geschäftserfolg der konkurrierenden Unternehmen abhängig, sondern sorgt planmäßig dafür, dass die Gebrauchsgegenstände, die der Krieg erfordert, auch zur Verfügung gestellt werden. Solange hierfür das Kommando der Arbeit nicht direkt der Staatsgewalt unterstellt wird, behält die kriegsführende Nation die marktwirtschaftliche Form der Bezahlung von unternehmerischen Dienstleistungen bei, ohne sich dabei von der Höhe ihres Steueraufkommens bzw. ihrer Verschuldung abhängig zu machen. Während des Krieges werden alle erforderlichen Mittel über die staatliche Geldhoheit bereitgestellt, ohne Rücksicht auf eine hierüber eventuell zustande kommende Ruinierung der eigenen Währung. Nach dem Krieg wird gegebenenfalls – je nach Höhe der angesammelten Kriegsschulden – der nationale Geldwert über die Annullierung der Staatsschulden im Rahmen einer »Währungsreform« wieder hergestellt. Einwände, die Kosten von Rüstung und Krieg seien zu hoch oder würden sich nicht lohnen, werden von den Sicherheitspolitikern jeder Nation darüber verworfen, dass die nationale Souveränität – der freie Gebrauch ihrer ordnungsstiftenden Gewalt – für sämtliche Leistungen ihrer Wirtschaft einfach notwendig, die Frage nach den Kosten also über-

flüssig ist. Die politischen Vertreter der Nation wissen, worauf der »Wohlstand der Nation« beruht: Darauf, dass unter dem Schutz ihrer Gewalt und durch sie die Geschäftsgrundlage der Nation funktioniert.



Von der eigenen Bevölkerung wird hierfür gefordert, aus Liebe zum »Vaterland« im Dienst an der Nation jedes eigene Interesse aufzugeben. Als Belohnung für den Einsatz des eigenen Lebens und der Bereitschaft als Soldat, die zu Feinden erklärte Bevölkerung der gegnerischen Nation zu töten, reichen Ehre und Tapferkeitsmedaillen. Um die Vernichtungskapazitäten der eigenen Nation aufrechtzuerhalten, sind zugleich an der Heimatfront ungebrochener Arbeitswille und

uneingeschränkte Leistungsfähigkeit gefordert – ungeachtet aller Entbehrung und unter dem Bombenhagel der Bürger in feindlicher Uniform. »Die Empörung gegen den Feind und die Volkssolidarität ist im Krieg im Übrigen nicht bloß eine Meinung, die der freie Bürger teilen kann oder auch nicht; es ist die verbindliche Gesinnung. Wer sich da distanziert zeigt, gar laut anders denkt, macht sich der Wehrkraftzersetzung schuldig und beleidigt auf jeden Fall die jungen Volksgenossen, die "im Feld" nicht etwa für den brutalen Fundamentalismus der Höchsten Gewalt, sondern "für uns alle den Kopf hinhalten".«⁸

⁸ Gegenstandspunkt 3-06, S. 80

3.2 Die Art des Friedens, für den wir einstehen



Die Politiker aller Nationen wissen, dass es Wichtigeres gibt als Frieden. Frieden hat einen Inhalt, der nicht einfach in einem faulen Kompromiss zur Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen zur Disposition gestellt werden darf. Dass es bei diesem kriegsträchtigen Inhalt nicht um banale Dinge wie Haus, Einkommen, Familie oder das eigene Leben gehen kann, ist angesichts des Vernichtungspotentials modernster Waffentechnik durchaus jedem bewusst. Es geht um höhere Werte, für die getötet und gestorben wird. Die 1948 auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete allgemeine »Erklärung der Menschenrechte« eignet sich hier als übernationaler ehrenwerter Titel für die Bereitschaft zum Krieg besonders gut. Aber sind Verstöße gegen die verschiedenen Artikel der Menschenrechtserklärung wirklich der Grund für die Kriegsführung? Zum Beispiel Artikel 5, »Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden« – war dies der Grund für den Irakkrieg und die Folter der Kriegsgefangenen? Oder Artikel 15, »Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit« – der Grund für den Abwurf von Splitter- und Phosphorbomben bei der Operation »Gegossenes Blei« im Gazastreifen? Oder Artikel 23, »Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslo-

sigkeit« – der Grund für den Jugoslawienkrieg? Oder Artikel 17, »Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden« – der Grund für den Krieg in Georgien?

Die Entscheidung, ob es sich überhaupt um Menschenrechtsverletzungen handelt bzw. ob sie in einem Umfang vorliegen, der ein Eingreifen der eigenen Nation rechtfertigt oder ob es lediglich innere Angelegenheiten sind, die sogar im Sinne der Sicherung der nationalen Interessen als berechtigt anerkannt werden, hat ihr Kriterium offensichtlich gar nicht in der Sachlage, die zum Thema gemacht wird, sondern im nationalen Interesse der begutachtenden Nation. Ob sich z.B. eine Opposition gegen unerträgliche Unterdrückung oder eine Regierung gegen nicht hinnehmbare staatszerstörende Umtriebe wehrt, wem also »Terrorismus« vorgeworfen und wem das Recht auf legitime Gegengewalt zuerkannt wird, lässt sich an der Sache gar nicht entscheiden. Die Beantwortung dieser Frage ist das Mittel außenpolitischer Einflussnahme. Die Entscheidung, ob es sich bei anderen Nationen um Regime oder befreundete Nationen handelt, liegt ganz im Ermessen der eigenen nationalen Interessen.⁹ Wenn Menschenrechtsverletzungen zwischen Nationen zum Thema gemacht werden,

⁹ Endlose Beispiele finden sich für die Praxis in: Noam Chomsky, Menschenrechte und Schurkenstaaten, Pieper Verlag 2006

wird die Legitimität der fremden Souveränität in Frage gestellt, und dabei ist die Beantwortung der Frage nach Recht oder Unrecht nichts anderes als eine Frage der zwischenstaatlichen Gewalt. Wer sonst entscheidet denn darüber, wessen Rechtsauffassung gilt? Recht und Gerechtigkeit zwischen Nationen können überhaupt nur durch die überlegene Gewalt entschieden werden. »"Recht" ist gar nichts anderes als die Verbindlichkeit, die ein Staat seinem Anliegen zu verschaffen weiß: der auf Gewalt gegründete, durch Kriegsfähigkeit und -bereitschaft beglaubigte Anspruch auf Respekt seiner Kontrahenten. Auf der Basis, und *nur* so, verkehren Staaten miteinander: Mit der glaubwürdigen Drohung, notfalls zu schießen, gestalten sie Frieden.«¹⁰ Die »Menschenrechte« sind ein schöner Titel für die Bereitschaft zum Krieg aber keineswegs der Grund für die Kriegsführung. Der höhere Wert, den es zu »verteidigen« gilt, dessen Geltung und Anerkennung Krieg für Nationen rechtfertigt, ist nichts als die Souveränität der Nation selbst: die Freiheit, *ihre* »vitalen Interessen« anderen Nationen gegenüber zu definieren, geltend zu machen und zu sichern.

¹⁰ GegenStandpunkt 3-06, S. 84



Nationen, die weltweit Frieden und Stabilität garantieren wollen, schwingen sich zu Sachverwaltern des »internationalen Rechts« auf, in dessen Namen sie die restliche Welt dahin gehend beaufsichtigen wollen, dass ein Weltfrieden militärisch durchgesetzt wird, der nach *ihrem* Bilde, d.h. in Sinne *ihrer* rechtmäßigen nationalen Interessen, das Erlaubte und Verbotene in der Konkurrenz der Staaten festlegt. Wenn sie diesen Frieden weltweit ununterbrochen sichern müssen, hat das seinen Grund darin, dass ihre Handels- und Verhandlungspartner selbst viele Gründe haben, sich gegen die Zumutungen dieses Friedens, gegen seinen Inhalt eben, ständig zur Wehr zu setzen.¹¹ Schließlich geht es bei den Auseinandersetzungen um regelwidriges Dumping, Patentverletzungen, wettbewerbsverzerrende Subventionen oder die Tilgung fälliger Schulden schnell um mehr als die bloße Regelung von Vor- und Nachteilen, nämlich um einen Angriff auf die ökonomische Basis der Nation. Wo die »eigene« Nation nicht betroffen ist, gibt es viele »unnötige«, »ungerechte« und »eigennützige« Kriege, wo es um die eigene Nation geht, gilt es, die »legitimen Interessen« der Nation zu verteidigen. Mit dem Übergang, das eigene Interesse ins Recht zu setzen, wird die fehlende Respektierung »vitaler Interessen« zu einem Angriff auf die Nation.

¹¹ vgl. hierzu Karl Held / Theo Ebel, Der Westen will den Krieg, Resultate Verlag, 1983



Nationen, die mit dem Anspruch antreten, der ganzen Staatenwelt ihre politischen Bedingungen nach ihrem freien Ermessen diktieren zu wollen, denen müssen alle möglichen staatlichen Eigeninteressen als gefährliche Störung der verwalteten Ordnung erscheinen. Im Frieden rüsten sich daher alle Nationen für den Verteidigungsfall. Wie sehr die eigenen Verteidigungsansprüche mit den von anderen Nationen reklamierten Rechten kollidieren, demonstrieren die in der ökonomischen Konkurrenz erfolgreichsten Nationen allein schon mit dem Umfang ihres Rüstungshaushalts. Schnelle Eingreiftruppen und die Fähigkeit, mehrere »Friedenseinsätze« weltweit parallel führen zu können, müssen sicherstellen, dass befreundete Nationen solche bleiben und die Abhängigkeit von unseren weltweiten Rohstoffen nicht als Erpressungsmittel feindlicher Mächte missbraucht werden kann. Nicht erpressbar sein zu wollen, ist dabei gleichbedeutend mit dem Willen, der anderen Nation die Fähigkeit zur Drohung zu nehmen.



Wenn Nationen weltweite Einmischung praktizieren und einen erheblichen Teil ihres Reichtums für die Gewalt verwenden, die dieser Einmischung dient, dann ist der Krieg das notwendige Mittel *ibrer* Freiheit, diese Sorte von Frieden zu sichern. Egal von welcher Seite der Staatsgrenze man die Sache betrachtet, die Frage – Krieg oder Frieden? – entspringt der Konkurrenz der Nationen um die Reichtümer der Welt. Die Absicherung der gegensätzlichen Benutzung des Weltmarktes erfordert die entsprechende Konkurrenz der Nationen um überlegene Gewalt.

Für die Sicherung »unserer« Rohstoffe, die Verteidigung »unserer« Absatzmärkte, den Zugang zu weltweiten Handelsstraßen und nicht zuletzt das »Menschenrecht« auf freie Marktwirtschaft muss nicht immer gleich geschossen werden. Die Bereitschaft und das Vermögen, notfalls die Respektierung der vitalen Interessen »unserer« Nation auch kriegerisch zu »verteidigen«, ist allerdings in Anbetracht der gegensätzlichen Interessen und der Resultate der freien marktwirtschaftlichen Konkurrenz um den Reichtum der Welt zwingend erforderlich.



RUSSISCHE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK.

AMERIKANISCHE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK.

CHINESISCHE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK.

IRANISCHE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK.

NORDKOREANISCHE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK.

ISRAELISCHE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK.

EUROPÄISCHE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK.

GEORGISCHE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK.

» DEUTSCHE AUSSENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK.«